

## **Beschluss des 36. Parteitages der CDU Deutschlands**

### **H004: Perspektiv- und Paradigmenwechsel in der Prostitution - Sexkauf bestrafen**

Frauen Union der CDU  
Deutschlands  
Bundesgeschäftsstelle

Klingelhöferstrasse 8  
10785 Berlin

Telefon 030 20070453  
[fu@cdu.de](mailto:fu@cdu.de)  
[www.frauenunion.de](http://www.frauenunion.de)

Wir wollen den Perspektiv- und Paradigmenwechsel in der Prostitution auch in Deutschland und fordern dazu neben umfassenden Ausstiegshilfen, Aufklärung und Prävention ein strafbewehrtes Sexkaufverbot für Freier bei gleichzeitiger Straffreiheit für Prostituierte.

Nur sehr wenige Frauen gehen selbstbestimmt der Prostitution nach. Das immer wieder bemühte Bild der selbstbestimmten Sexarbeiterin versperrt den Blick auf die brutale und menschenwürdelose Realität der übergroßen Mehrheit entrechteter Frauen. Mehr als 90 Prozent der Prostituierten sind ihrer sexuellen Autonomie beraubt und Gewalt, Zwang und Erniedrigung durch Menschenhändler, Zuhälter und Freier ausgesetzt. Es ist erschreckend, wie gleichgültig viele Freier die körperlichen und seelischen Leiden der Frauen akzeptieren. Die meisten Frauen, die in Deutschland der Prostitution nachgehen, tun das unfreiwillig oder unter Zwang. Oft sind sie der deutschen Sprache nicht mächtig und kennen ihre Rechte nicht.

Das Prostitutionsgesetz der rot-grünen Bundesregierung von 2002 hat mit der Legalisierung der Prostitution den grundrechtlich gebotenen Würdeschutz verletzt und seine Ziele nicht erreicht. Deutschland ist seitdem zu einem Zielland von Menschenhandel, sexueller Ausbeutung und Prostitution geworden. Eine Vielzahl anderer Länder wie Schweden, Norwegen, Island, Kanada, Nordirland, Frankreich, Irland und Israel gehen längst andere Wege.

Es muss Schluss damit sein, dass Frauen zur Ware gemacht werden. Deshalb brauchen wir auch in Deutschland ein strafbewehrtes Sexkaufverbot für Freier bei gleichzeitiger Straffreiheit für Prostituierte. Wir wollen nach dem Vorbild des sog. Nordischen Modells für Deutschland ein Dreisäulenmodell entwickeln, mit dem wir Präventions- und Ausstiegsangebote fördern, die Bestrafung des Sexkaufs durchsetzen und eine effektive Arbeit der Strafverfolgungsbehörden ermöglichen.

Zur ersten Säule gehören die Aufklärungsarbeit und Ausstiegshilfen. Unsere Gesellschaft muss stärker für die Menschenrechtsverletzungen im Menschenhandel und in der Zwangsprostitution sensibilisiert werden. Frauenfeindliche Einstellungen von Freiern gehören an den Pranger. Viele setzen sich über das Leid der Prostituierten hinweg, weil

sie für die Dienstleistung zahlen. Frauen werden zum Objekt degradiert und gedemütigt. Zu den konkreten Ausstiegshilfen gehören die Unterstützung bei der Suche nach einer sicheren Wohnung, psychosozialer Begleitung sowie die Unterstützung bei der Aufnahme einer Ausbildung oder sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Dies lässt sich nur mit einem Netz aus Fachberatungsstellen im ganzen Land verwirklichen.

Im Mittelpunkt der zweiten Säule steht der Opferschutz und die Bestrafung des Sexkaufs. Dies ist der Paradigmenwechsel: Prostituierte werden nicht bestraft, sondern die Freier und Zuhälter.

Die dritte Säule stärkt und entlastet die Ermittlungsbehörden. Sexkauf ist einfach nachzuweisen und Prostituierte können ohne Sorge vor Sanktionen mit der Polizei zusammenarbeiten. Mit spezialisierten Polizeieinheiten soll der Kampf gegen Menschenhandel, Zuhälterei und Organisierte Kriminalität effektiver werden.